



Pressemitteilung

Sondierungsgespräche

Frauenverbände mahnen Gleichstellungspolitik an

Berlin, 19. Oktober 2017: Anlässlich der ersten Vorgespräche für eine mögliche Jamaika-Koalition fordern die Frauen der Berliner Erklärung 2017 die beteiligten Parteien auf, sich für eine entschiedene Fortsetzung der Gleichstellungspolitik einzusetzen.

Die 17 führenden Frauenverbände sind in Sorge, dass Frauenpolitik in dieser Legislaturperiode nur einen nachgeordneten Stellenwert haben könnte. Denn in den Wahlprogrammen der verhandelnden Parteien stehe Gleichstellung meist nicht im Fokus, und der Frauenanteil im Bundestag ist mit 30,6% auf den Stand von vor zwanzig Jahren gesunken. Es komme jetzt umso mehr darauf an, in den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung wirksame Schritte in Richtung Gleichstellung zu verankern.

Im Einzelnen fordern die Verbände eine paritätische Teilhabe nicht nur in den Aufsichtsräten und in den Führungsebenen der Privatwirtschaft, sondern auch in der Politik sowie in den Aufsichts-, Beratungs- und Vergabegremien bei Medien, Kultur, Medizin und Wissenschaft.

Eine der Kernforderungen der Berliner Erklärung 2017 ist eine Ausweitung der erprobten Quotenregelung auf die Aufsichtsräte der Unternehmen, die entweder börsennotiert sind oder der Mitbestimmung unterliegen. „Wir nehmen die Bundeskanzlerin und den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Volker Kauder, beim Wort“, betont Monika Schulz-Strelow vom Verband Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) im Namen der Initiatorinnen. Beide hatten sich vor der Wahl sehr kritisch über die mangelnde Umsetzung der freiwilligen Selbstverpflichtung für mehr Frauen in den Chefetagen geäußert und mögliche weitergehende gesetzliche Schritte angekündigt.

Die Verbände der Berliner Erklärung 2017 fordern zudem weitere Schritte in Richtung Entgeltgleichheit und ein verbindliches Monitoring für alle gleichstellungspolitischen Maßnahmen. Wesentlich sei auch, dass Budget und Zuschnitt des Frauenressorts im Zuge der Verhandlungen bestmöglich ausgestattet werden. Schulz-Strelow kündigt an, die Gespräche weiter kritisch zu begleiten: „Die neue Bundesregierung muss sich daran messen lassen, ob sie zur Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe beitragen wird, oder ob sie eine Regierung des frauenpolitischen Rückschritts sein will.“

Pressekontakt: Monika Schulz-Strelow, Präsidentin FidAR e.V., Tel: 030 887 14 47 16

Das überfraktionelle Bündnis der Berliner Erklärung existiert seit 2011. Aktuell gehören ihm 17 Frauenverbände als Initiatorinnen an:

Business und Professional Women (BPW) Germany, 1.600 Mitglieder (Deutschland) 30.000 Mitglieder in 100 Ländern, Uta Zech, Präsidentin www.bpw-germany.de

Deutscher Ärztinnenbund e.V. (DÄB), 1.800 Mitglieder, Dr. Christiane Groß M.A., Präsidentin www.aerztinnenbund.de

Arbeitsgemeinschaft Anwältinnen im DAV, 270 Mitglieder, Silvia Groppler, Vorsitzende <http://www.davanwaeltinnen.de>



Deutscher Frauenrat (DF), Dachverband von 59 Mitgliedsverbänden, in denen mehr als 12 Millionen Frauen organisiert sind. Mona Küppers, Vorsitzende www.frauenrat.de

deutscher ingenieurinnenbund e.V. (dib), 400 Mitglieder, Sylvia Kegel, Vorstand www.dibev.de

Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb), 2.700 Mitglieder, Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin www.djb.de

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv), 500.000 Mitglieder, Brigitte Scherb, Präsidentin www.landfrauen.info

EAF Berlin | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, 2.000 Unterstützer/innen, Dr. Helga Lukoschat, Vorsitzende www.eaf-berlin.de

European Women's Management Development International Network e.V. (EWMD), 470 Mitglieder in Deutschland; 900 Mitglieder europa- und weltweit; Ariane Bischoff, Präsidentin www.ewmd.org

FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V., 700 Mitglieder, Monika Schulz-Strelow, Präsidentin www.fidar.de

Frauen im Management e.V. (FIM), 180 Mitglieder, Bärbel Jacob, Bundesvorstand www.fim.de

Journalistinnenbund e.V. (jb), 400 Mitglieder, Rebecca Beerheide, Vorsitzende www.journalistinnen.de

ProQuote Medien e.V., 200 Mitglieder, 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, Maren Weber, Vorsitzende www.pro-quote.de

ProQuote Medizin, 700 unterstützende Unterschriften, davon 80 Professoren und Professorinnen, Prof. Dr. Gabriele Kaczmarczyk, Initiatorin pro-quote-medizin.de

ProQuote Regie e.V., 1000 Unterstützer*innen, Barbara Rohm, Vorsitzende www.proquote-regie.de

Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU), 1.800 Mitglieder und Interessentinnen, 16 Landesverbände, Stephanie Bschorr, Präsidentin www.vdu.de

Working Moms – Pro Kinder Pro Karriere e.V. (WM), 450 Mitglieder, Ina Steidl, Vorsitzende Verbandsvorstand www.workingmoms.de

Folgende Verbündete tragen die Forderungen der Berliner Erklärung 2017 mit:

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen www.frauenbeauftragte.de

bukof - Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen www.bukof.de

Deutscher Akademikerinnenbund e.V. www.dab-ev.org

Fondsfrauen www.fondsfrauen.de

Frauen in der Immobilienwirtschaft www.immofrauen.de

Landesfrauenrat Berlin e.V. www.lfr-berlin.de

Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz e.V. www.landesfrauenrat-rlp.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. www.vamv.de

Verband berufstätiger Mütter (VBM) e.V.: www.vbm-online.de

Webgrrls.de www.webgrrls.de

Women in Film and Television Germany (WIFTG): www.wiftg.de

ZONTA www.zonta-berlin.de

Weitere Informationen: www.berlinererklaerung.de